

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidentiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld, Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 72209**

Insertionspreis: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvordr. 40 Pf.,
Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten
die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 M., Inserate u. ausw.:
die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvordr. 50 Pf., Reklamezettel 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Volkshäuser entgegen

Gröner führt sich ein!

Die deutschen Waffen für China

Die Marineleitung „dementiert“ durch Strafantrag

Wir haben gestern das Dementi mitgeteilt, das sich die schwerindustrielle Telegraphen-Union aus Hongkong bestellt hat, um die Mittelung der Kankinger Regierung von dem Transport deutscher Waffen auf dem norwegischen Dampfer „Stulle“ in Abrede zu stellen. Eine Aufklärung ist damit natürlich in keiner Weise geschaffen worden. Wahrscheinlich wird sie erst möglich sein, wenn über eine andere Waffensache völlige Klarheit erzielt ist. Das ist in diesem Fall weit einfacher, da Auskünfte aus Hongkong nicht benötigt werden.

Näglich wurde in Kiel der norwegische Dampfer „Stulle“ von der Zollbehörde angehalten, weil sich auf ihm 300 Gewehre und Gewehrmunition befanden, die als „Metallschrott“ aus Torgau gekommen sein sollen. Das Schiff ist nach Beschlagnahme der Waffen inzwischen freigegeben worden. Ueber sein Ziel ist nichts bekannt, aber man geht wohl in der Annahme nicht fehl, wenn man den Empfänger der menschheitsbegleitenden Schiffsladung in einem der Generale des Marschalls Tschangtschin erblickt. Eine Beurteilung dieser Affäre nach ihrer rechtlichen Seite, nach dem in dem Versailler Vertrag enthaltenen Verbot deutscher Waffenexporte, ist der Presse durch das Damaskusschwert der Hochverratsparagrafen nicht gestattet. Wichtigere als diese rechtliche Seite ist die politische: die Frage, ob die chinesische Kontrorevolution mit deutschem „Metallschrott“ versorgt wird. Das Berliner Tageblatt hat erklärt, daß an der Kieler Munitionsverchiebung zwar nicht die „verantwortlichen Stellen“ des Reichswehrministeriums, aber wieder einmal „nachgeordnete Organe“ beteiligt seien, der Oberleutnant Proke und der Oberregierungsrat Beuster. Wie die Weltbühne vor mehreren Monaten unwiderprochen feststellte, ist Herr Proke jener Offizier, der vor dem Hitlerpalast mit Herrn Canaris und einem Korvettenkapitän a. D. Götting, ansehnliche Waffenbestände aus den Marinewerksdepots ins Ausland bugsiert hat, um mit dem Erlös die schwarzen Fonds zu stärken. Der Herr Oberleutnant bringt also für das

neue Geschäft eine ausreichende sachmännliche Erfahrung mit. Der Chef der Marineleitung hat zu der Mitteilung des Berliner Tageblatts eine ganz famose Antwort gefunden. Man hätte von der „verantwortlichen Stelle“ nunmehr die Erklärung erwarten können, die Belastung ihrer „nachgeordneten Organe“ sei unzutreffend oder nicht. Am verständlichsten wäre es noch gewesen, wenn die verantwortliche Stelle die für sie bequeme Ausflucht gesucht hätte, man müsse erst das Ergebnis jener Untersuchung abwarten, über die am Dienstag der Reichsaussenminister berichtete. Der Herr Admiral Jenker hat jedoch die treffliche Antwort darin gefunden, indem er gegen den verantwortlichen Reaktor des Berliner Tageblatts Strafantrag wegen Beleidigung stellen ließ. Das Berliner Tageblatt begrüßt dies Vorgehen der Reichsmarineleitung und hält seine bisherigen Behauptungen, die allemal zu beweisen seien, voll und ganz aufrecht. Es kann in dem Vorgehen der Reichsmarineleitung nur der Versuch erblickt werden, die ganze Affäre dem Bereich der Dementihaftigkeit zu entziehen und in das Dunkel einer unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Gerichtsverhandlung zu verlegen. Dieser Versuch, daß die Affäre der Waffenschlebung im Reichstag zur Sprache kommt. Der Chef der Marineleitung untersteht dem Reichswehrminister. Herr Gröner trägt die volle Verantwortung für die Aktion des Admirals gegen die Presse. Der Unterschied zwischen Gröner und Jenker ist vorerst nur darin festzustellen, daß der eine die schon verächtlichen Dementis an die Presse gab, der neue Mann Strafanträge gegen die Presse stellen läßt. Für eine demokratische Zeitung, die die Ernennung Grönners zum Reichswehrminister als ein seltsames Geschenk der republikanischen Götter aufnahm, ist das wahrlich eine lächlich kalte Dusch!

Der Sozialdemokratische Pressedienst stellt die Frage: „Ist es richtig, daß der Kapitän zur See Proke Anfang Januar, als die Munitionsaffäre aufgedeckt wurde, in Kiel gewesen ist? Was hat er dort getan und in wessen Auftrag wollte er dort?“

Waffenschmuggel und Völkerbund

In Prag treten heute Beauftragte des Völkerbundes zusammen, um über Abrüstung und Sicherheit zu beraten. Die drei Referenten, die die letzte Tagung der Kommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ernannt hat, wollen gemeinsam unter dem Vorhitz des Außenministers der Tschechoslowakei über die Vorbereitung der für 1929 vorgesehene Abrüstungskonferenz beraten. Daß gerade Prag der Ort ist, mag gewiß nur ein Zufall sein, aber doch ein Zufall, der auf die Wichtigkeit der Abrüstungs- und Sicherheitsbemühungen aller Völkerbundsdiplomaten hinweist. Die herrschenden Klassen des Landes, dessen Hauptstadt Prag ist, halten nach wie vor die militärische Aufrüstung noch immer für die beste Sicherheit für den Bestand des Staates und statt der Abrüstung drücken die Minister, die in Genuß davon reden, im Prager Parlament höhere Ausgaben für den Heeresetat durch. Die Militarisierung wird ununterbrochen weiter betrieben und zur „Rechtfertigung“ für die dauernde Steigerung der militärischen Ausgaben verweisen die einen auf die anderen. Die Tschechoslowakei fühlt sich neben Oesterreich von den Magyaren bedroht, und die geheimnisvolle Waffensendung, wegen der es am 1. Januar auf dem österreichisch-ungarischen Grenzbahnhof Szent Gotthard zu einem Zwischenfall kam, hat das Gefühl der Sicherheit in der Tschechoslowakei nicht gefördert.

Es handelte sich um fünf Eisenbahnwaggons mit Gewehren; eine ansehnliche Menge, die — wenn sie öfters über die Grenze gebracht werden kann — immerhin eine Aufrüstung in größerem Umfange ermöglicht. Es ist ja inzwischen gemeldet worden, daß mindestens schon zehn solcher Waffensendungen nach Ungarn gelangt sind. Sich moralisch über die ungarische Regierung zu entrüsten, wäre sinnlos. Sie ist ein Stützpunkt der internationalen sozialen und militärischen Kontrorevolution. Und wie die sich in andern Ländern mit allen Mitteln vorwärtszuarbeiten und an der Macht zu halten versucht, indem sie auch den Ansprüchen der Nationalisten gerecht werden will, so tut das auch die Horthyregierung. Aber nicht ohne Lehre für die Arbeiterklasse und republikanische Völkerbundsoppositionisten ist, wie die Völkerbundsmitglieder und der Völkerbund selbst den verbotenen Waffenschmuggel behandeln. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei gehört Ungarn zu den unterlegenen Staaten und der ihm aufgezwungene Friedensvertrag verbietet ihm ausdrücklich die Einfuhr von Waffen. Eine militärische Kontrollkommission hat die Innehaltung dieser Bestimmung bis vor wenigen Monaten überwacht. Von dieser Kontrolle ist Ungarn jetzt befreit. Das Waffeneinfuhrverbot besteht weiter. Da der Völkerbund seiner Gründung nach und auch seiner ganzen praktischen Tätigkeit nach im wesentlichen nichts anderes ist als ein Organ zur Überwachung der Einhaltung der Friedensverträge, so hätte er von sich aus die restlose Aufklärung der ungarischen Waffenslieferungen betreiben und ihre Fortsetzung unterbinden müssen.

Daß der Völkerbund tat nichts dergleichen. Die ungarischen Bahnbehörden konnten das bestehende Zollabkommen verletzen und die Regierung Horthy konnte frech die Welt anlügen, die Waffen seien nicht für Ungarn, sondern für eine tschechoslowakische Firma bestimmt. Diese Lüge ist sofort dementiert worden und vorgestern hat im Prager Parlament der stellvertretende Ministerpräsident noch einmal eine amtliche Feststellung gemacht. Er sagte,

„daß durch tschechoslowakische Erhebungen festgestellt wurde, das die Sendung nicht für die Tschechoslowakei bestimmt war (bekanntlich war eine tschechoslowakische Stadt als Empfangsstation deklariert worden) und daß auch keine Transitbewilligung nach Polen nachgesucht worden war. Der Sitz und Wohnort des als Empfänger angegebenen Spediteurs befindet sich in Ungarn, während die Bahnstation auf tschechoslowakischem Boden liegt.“

Da die ungarische Regierung schon beim Notenausschreiben er tappt wurde, ohne daß das ihrem Ansehen bei den kapitalistischen Regierungen geschadet hat, so konnte sie auch diese Lüge machen, ohne Schaden zu nehmen. Sie wiegt schließlich nicht schwerer wie der Bruch von Abkommen oder Friedensverträgen! Die unmittelbaren Nachbarstaaten Ungarns befreit die Passivität des Völkerbundes nicht. Die Kleine Entente, das Staatenbündnis Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, schickte sich zu einem Schritt beim Völkerbund an. Es wurde von einer gemeinsamen Note gesprochen, die den Völkerbundrat zu einer Stellungnahme veranlassen soll. Obwohl sich die Kleine Entente einig gewesen zu sein scheint, so wird es doch zu der ursprünglichen geplanten Note kaum noch kommen. Warum? Da ist zuerst das Wichtigste: der Waffenslieferant ist Italien. Italien — das ist einseitig im Konzert der Diplomaten Mussolini. Und der könnte brutal Missionen zerstören, wenn ihm der Völkerbund in seine politischen Geschäfte und Intrigen hineinreden wollte. Mussolini macht seine Politik, für die er gerade auf dem äußeren Gebiet die Unterstützung der Bourgeoisie seines Landes hat. Dabei kümmert er sich gar nicht um die Abrüstungs- und Sicherheitsbedürfnisse des Völkerbundes. Und dann ist

Carl Mertens als Zeuge?

Landesverratsprozeß Schreck und Genossen

Ein gefesselter polnischer Ministerialbeamter als Zeuge!

Zu Beginn des dreizehnten Verhandlungstages verliest der Vorsitzende einen Brief des Hauptmanns a. D. Köhm, in dem der Böllische abstreitet, einen Fallschuß durch Verschweigung der von ihm selbst hergestellten militärischen Denkschrift geleistet zu haben. Der Vorsitzende deckt den rechtsradikalen Zeugen durch die Mitteilung, daß der Vernehmung Köhms vergessen zu haben, daß Köhm diese Tatsache während der Voruntersuchung bereits zugegeben hatte und daß er deshalb unterließ, den Zeugen ausdrücklich danach zu fragen. — Ein polnischer Zeuge hätte eine solche wichtige Tatsache unter Eid verschweigen sollen! —

Der Reichsanwalt überreicht einen Brief, den ihm der Passiv Mertens aus Genf geschrieben hat.

Der Vorsitzende gibt den wesentlichsten Inhalt bekannt. Mertens erklärt, Schreck nicht zu kennen. Die in seinem Besitz befindlichen Photographie Schreck'scher Arbeiten wären ihm von polnischen Passivisten zugestellt worden, die das Material vom polnischen Generallstab erhalten hätten. In Polen sei das Material seines Wissens von einem Zivilbeamten des Reichswehrministeriums verkauft worden. Der Reichsanwalt beantragt, Mertens als Zeugen zu laden, unter Zusage freier Geleits wegen der gegen ihn schwebenden Landesverratsverfahren. Der Senat beschließt die Ladung von Carl Mertens zum 28. Januar 11 Uhr unter Zusage freier Geleits. Der Zeuge soll alle in seinem Besitz befindlichen Dokumente und Photographie, die sich auf diesen Prozeß beziehen, mitbringen.

Der Major M. vom Reichswehrministerium befundet, daß er mit der Denkschrift „Ueber die zukünftige Bewaffnung der deutschen Wehrmacht“, die Schreck mit seinem Namen unterzeichnet hatte, nichts zu tun habe. Die Denkschrift wird verlesen. Es ist darin von 180 000 Gewehren und 1800 Maschinengewehren die Rede, die den nationalen Verbänden zur Verfügung ständen. Bezeichnendweise will der Reichsanwalt in diesem Fallus echten Landesverrat erblicken; er weist das Gericht ausdrücklich darauf hin. (1) Wo hat Schreck hier eine Tatsache mitgeteilt? ... In der Denkschrift werden auch neue Giftgase, z. B. ein W-Gas, beschrieben.

Von drahtlos ausgestrahlten Wortmitteln und von anderen modernen Fernschreibungsgeräten ist die Rede. Merkwürdig ist, daß einige dilettantenhafte Ausführungen Schrecks über Giftgase nicht mit photographiert wurden und sich deshalb auch nicht in den polnischen Photographien befinden! Ein Reichswehroffizier als Zeuge hält es für sehr wahrscheinlich, daß Schreck Verbindung mit Deuten hatte, die sich beruflich mit Wehrfragen beschäftigten, denn sonst hätte er manche Einzelheiten nicht in seinen militärischen Denkschriften bringen können.

Ein photographischer Sachverständiger erklärt, daß die Photographie der Schreck'schen Dokumente mit einem Spezialapparate, der bis zu hundert Ausnahmen in der Stunde ermöglicht, aufgenommen wurde.

An den Zeugen Schulz hatte sich der Pole Balcitowski, mit dem Schreck einstündigen Besprechungen in Verbindung stand, gewandt und ihn ersucht, doch einmal die Besatzstärke der Berliner Sipo festzustellen; er würde dafür gut belohnt werden. Schulz hat sich nun als Lügengeliebter betätigt. Er hat dann den Polen Schulz hineingeführt. Der Pole Schulz wird als Zeuge aufgerufen. Zwei Kriminalbeamte bringen ihn gefesselt herein. Erst im Saale werden ihm die Handfesseln abgenommen.

Vors.: „Sie sind Schulz?“
Zeuge: „Nein. Ich bin Jan Janowski, polnischer Ministerialbeamter in Warschau.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Beamte unter falschem Namen in Deutschland reiste, daß er zunächst wegen Urkundenfälschung, im Sommer 1926, verhaftet wurde, daß dann aber Anklage gegen ihn wegen Spionage erhoben wurde. Schulz hatte ihn belastet. Durch Vermittlung Balcitowskis will Schulz mit Janowski in Verbindung getreten sein, der die von Schulz beschafften Urkunden zur polnischen Gesandtschaft schafften wollte. Der Pole bestreitet jede Spionagenabsicht. Er bekundet, daß Balcitowski Oberleutnant im polnischen Generallstab ist. Im übrigen ist aus ihm nichts herauszubekommen, da er sich hinter dem Antagelheimnis verhält. Noch im Sitzungssaal wird er — der Untersuchungsgegenstand! — auf unwürdige Weise wieder gefesselt und hinaus transportiert! — Diese Behandlung eines Ausländers, eines Untersuchungsgefangenen, gegen den man bereits 1 1/2 Jahre Voruntersuchung führt, ist ein Skandal und macht der deutschen Justiz keine Ehre.